

Fadegrad

«Dein ist Mein»



VON
BRUNO SIDLER

«Dein ist Mein. Und wenn du es nicht hergibst, so hol ich es mir.» Auch in unserer heutigen Gesellschaft gibt es verschiedene Einzelpersonen oder Gruppierungen, die nach diesem Motto zu leben scheinen. Die Grenzen zwischen Dein und Mein sind anscheinend für viele Menschen nicht mehr existent; zumindest sind diese Grenzen oftmals stark verwischt. Der Zürcher Gemeinderat befassete sich in der Sitzung dieser Woche mit einer Gruppe, die permanent nach dem Grundsatz «Dein ist Mein» lebt: die Hausbesetzer. Hausbesetzungen gehören leider zum Zürcher Wohnalltag, teilweise zählte man bis zu 30 Hausbesetzungen pro Jahr.

Stossend in der Stadt Zürich ist, dass die Behörden die Besetzer zu lange gewähren lassen. Der staatliche Auftrag «Schutz des Eigentums» wird in Zürich nicht mehr gewährleistet. Die Hausbesetzung erfüllt klar den Straftatbestand des Hausfriedensbruchs (Antragsdelikt). Die Räumung eines besetzten Hauses muss beantragt werden. Allerdings ist die Räumung in der Stadt Zürich an die Bedingung geknüpft, dass eine Abbruchbewilligung oder eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt. Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, läuft mit dem Antrag auf Räumung ins Leere. Ansgar Gmür vom Schweizer Hauseigentümerverband meinte dazu in einem Artikel der NZZ, die Praxis in der Stadt Zürich höhle das Recht aus, weil sie den Tatbestand des Hausfriedensbruchs nur unter bestimmten, gesetzlich nicht vorgesehenen Voraussetzungen vorliegt: «Ein Hausfriedensbruch mit Bedingungen.»

Unter keinem Titel ist zu recht fertigen, dass die Stadt den Schutz des Eigentums nicht bedingungslos gewährt; hier ist eine Kehrtwende dringend notwendig.

Auf eine entsprechende Praxisänderung zielte auch das freisinnige Postulat, das im Rat diskutiert wurde. Eine emotionale Debatte über den Vorstoss zeigte deutlich die politischen Haltungen zum Thema auf. Auf der linken Ratseite werden die illegalen Häuserbesetzungen nicht nur wohlwollend gutgeheissen. Nein, dort erhalten die Besetzer Unterstützung und Rückendeckung für ihr illegales Tun. Dies ist eine verwerfliche Haltung von linken Politikerinnen und Politikern, die in unserer Stadt mehrheitlich die Regierungsverantwortung tragen. Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand, dieser Mehrheit bei den Wahlen einen Denkkettel zu verpassen, um sie auf den Weg des Rechtsstaats zurück zu bringen. Es kann nicht sein, dass Zürich von Politikern regiert wird, die illegales Tun dulden, das auf «ausgehöhlt» Recht begründet ist.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Erneute Abfuhr für Gesinnungs-Fichierung

Im Rahmen der vergangenen Ratssitzung befassete sich der Gemeinderat einmal mehr mit der polizeilichen Datenbank GAMMA, welche präventiv gegen Hooligan-Gewalt wirken soll.



ROLAND SCHECK
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 3

Die SVP stand dem Vorhaben stets skeptisch gegenüber, denn mit GAMMA werden nicht etwa Personen fichiert, die sich aktiv an gewalttätigen Ausschreitungen in oder ausserhalb eines Stadions beteiligen. Nein, GAMMA-Polizeibeamte haben ein waches Auge auf Personen, die sich in der Nähe von Gewertherden aufhalten und das Geschehen mitverfolgen. Wohl an der Gestik oder Mimik dieser Personen sollen dann die Beamten erkennen, ob es sich bei den observierten Personen um potenzielle Hooligans handelt. Hat der Präventiv-Polizist erkannt, dass aus einer Person ein zukünftiger Hooligan werden könnte, schnappt GAMMA zu und die Personalien werden aufgezeichnet. Im GAMMA-Jargon heisst dieser Vorgang: «Jemand ist Gewalt suchend, wenn er sich anlässlich von Sportveranstaltungen derart auffällig benimmt, dass er sich von rein sportinteressierten Zuschauerinnen und Zuschauern klar unterscheidet.» Solche Personen erhalten dann einen mahnenden Brief und vielleicht auch Polizeibesuch zu Hause oder an der Arbeitsstelle. Dieses «Erkanntwerden» soll gemäss Polizeidepartement dazu dienen, das Gewaltpotential einer Person zu minimieren und zur Lösung des Hooliganismus beizutragen.

Eine gefährliche Philosophie

Bei der Idee, die GAMMA zugrunde liegt, handelt es sich um ein gefährliches Gedankengut. Denn GAMMA ist in Tat und Wahrheit eine Gesinnungs-Fichierung. Die GAMMA-Phi-

losophie ist aber nicht nur gefährlich, sondern auch grotesk. Sie würde sich in keinem anderen Lebensbereich ernsthaft anwenden lassen. Übertragen beispielsweise auf die Verkehrssicherheit müssten nach der GAMMA-Philosophie Personen, die sich nach einem schweren Verkehrsunfall am Unfallort befinden und zuschauen, allesamt fichiert werden, da man davon ausgeht, dass Gaffer zu potentiellen Rasern werden könnten. Die GAMMA-Philosophie postuliert, dass Zuschauer automatisch zu späteren Tätern werden und deshalb zu fichieren seien.

Im September 2009 legitimierte das Zürcher Stimmvolk mit 72 Prozent Ja-Stimmen einen Versuchsbetrieb von GAMMA mit der Auflage, diesen bis Ende 2010 zu befristen. Im Juni 2011 entschied dann der Gemeinderat, den Versuchsbetrieb nicht mehr weiter zu verlängern und die Datenbank definitiv ausser Betrieb zu setzen. Nicht nur das Unbehagen, dass die Polizei eine Gesinnungs-Datenbank unterhält, sondern auch der äusserst bescheidene Erfolgsausweis von GAMMA führten zu diesem Entscheid. Bis Ende 2010 waren lediglich 54 Personen registriert und das erst noch mit beträchtlichen Redundanzen zu anderen Datenbanken wie POLICE und HOOGAN. Mit 75:38 Stimmen wurde GAMMA schlussendlich «beerdigt». Es war eine denkwürdige Gemeinderatsdebatte, in der die SVP gegen den erbitterten Widerstand des Stadtrats und der FDP, CVP und EVP einen grossen Sieg erringen konnte.

CVP als schlechte Verliererin

Insbesondere die CVP erwies sich in der Folge als schlechte Verliererin. Nur gerade vier Monate später reichte die CVP einen Vorstoss ein, der ver-

langt, dass der Stadtrat die unverzügliche Wiedereinführung von GAMMA prüfen soll. Angesichts dessen fragt man sich schon, welches Demokratieverständnis diese Partei hat.

An der vergangenen Gemeinderatsitzung stand nun die Behandlung dieses Vorstosses auf der Tagliste. Da der CVP die materiellen Argumente für GAMMA fehlten, begründete sie ihren Vorstoss damit, dass GAMMA demokratisch legitimiert sei und warf den anderen Parteien Demokratie-Defizit

vor. Damit war die Diskussion lanciert. Der Schlagabtausch verlief ähnlich emotional wie die früheren GAMMA-Debatten. Aber die Mehrheiten hielten. Und wie. Sie fielen sogar noch deutlicher aus als in der letzten Debatte. Und so wurde der Zwängerei-Vorstoss der CVP mit 83:32 abgelehnt.

Nun darf man gespannt sein, wann die CVP den nächsten Vorstoss zur angeblich demokratisch legitimierten Wiedereinführung von GAMMA einreichen wird.

SPURABBAU KOMMT VOR DAS VERWALTUNGSGERICHT

Stadtrat will mit dem Kopf durch die Wand

Die SVP der Stadt Zürich verurteilt den Entscheid des Zürcher Stadtrates, den Beschluss des Zürcher Regierungsrates vom 4. Dezember 2012 bezüglich «Spurabbau am Utoquai entlang des Sechseläutenplatzes» an das Verwaltungsgericht weiterzuziehen.



GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAK.-CHEF SVP
ZÜRICH 4/5

In seiner Begründung argumentierte der Regierungsrat richtigweise, dass die negativen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss zu gross seien.

Anhand von fundierten Beispielen zeigten die bürgerlichen Parteien bereits im Vorfeld auf, welche fatalen Konsequenzen dieser Spurabbau auf das Verkehrssystem in der weiteren Umgebung hätte.

Kein Platz für Störmanöver

Die SVP der Stadt Zürich bedauert, dass der Stadtrat mit dem Kopf durch die Wand geht und den teuren und aufwendigen Prozessweg einschlägt, um seine grünen Ideologien umzusetzen. Die SVP ist überzeugt, dass sich das Verwaltungsgericht nicht durch selbsterstellte Gutachten, Propaganda-Videofilme und ideologische Rechenbeispiele beirren lässt, um realitätsfremde, grüne Ideen zu stützen. Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik muss sein, den Verkehr zu verflüssigen. Beim für die Volkswirtschaft entscheidenden Faktor «Verkehr» gibt es keinen Platz für Störmanöver und ideologische Experimente.

DEUTLICHE BELASTUNG DURCH STROMPREIS-ERHÖHUNGEN

Deutsches Stromdebakel – bald auch in Zürich?

In Deutschland wird der Ökostrom für die Konsumenten immer teurer. Es ist zu befürchten, dass solche Probleme bald auch in Zürich akut werden können.



MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

In einem Artikel über die Kosten des Ökostroms in Deutschland rechnet das Magazin «Der Spiegel» vor, dass der Preis für die End-Konsumenten von Strom so teuer wie noch nie geworden ist. Über den Umlagefond EEG (Erneuerbare Energien) zahlen die Verbraucher im Jahr 2012 über 17 Milliarden Euro. Der Grund für den Anstieg ist die EEG-Umlage, die jedes Jahr teurer wird. Zu Jahresbeginn stieg sie von 3,59 auf 5,26 Cent je Kilowattstunde.

Damit werden in Deutschland Subventionen für Solarenergie und Windkraftwerke finanziert. 2012 wurden in Deutschland so viele neue Solaranlagen installiert wie nie zuvor. Das Problem des Solarbooms ist aber, dass er die Förderzahlungen für Stromkunden weiter treibt. Denn die Ökostromanbieter erhalten 20 Jahre lang garantierte Vergütungen für jede Kilowattstunde Strom, schreibt der Spiegel.

Riesige versteckte Subventionen

Die Strom-Bezüger in Deutschland müssen per Gesetz diese Förderabga-

be von 17 Milliarden Euro leisten. Der Marktwert des Stroms beträgt aber nur einen Bruchteil davon. An der Börse, wo die Erzeuger den Strom verkaufen müssen, erhielten sie dafür nur 2,9 Milliarden Euro, haben Untersuchungen ergeben. Das bedeutet, dass Klein-Abnehmer Milliarden an Subventionen zahlen müssen.

Die Probleme in Deutschland können bald auch in Zürich auftreten. Das ewz hat die Strompreise anfangs 2013 massiv erhöht. Insbesondere für Singles, Familien und Kleinbetriebe ist der Anstieg massiv.

Kostenanstieg für Familien und Gewerbe

Die ewz-Rechnungen steigen 2013 um bis zu 30 Prozent. Besonders spürbar ist die zusätzliche Belastung bei Alleinstehenden, jungen Familien und gewerblichen Kleinbetrieben. Eine Familie muss im Jahr rund 200 Franken mehr bezahlen, ein Kleinbetrieb bis zu 2000 Franken. Die Preiserhöhungen sind ausschliesslich ideologisch motiviert.

Wie in Deutschland will auch das ewz die Leute zwingen, den «guten» Öko-Strom zu beziehen. Die SVP hat sich gegen diese Entwicklung gewehrt, leider vergebens.

EINLADUNG

Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich
Dienstag, 5. Februar 2013, 19.30 Uhr

Restaurant Muggenbühl (Pavillon), Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich

Traktanden:

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmzähler
3. Parolenfassung zu folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013
 - Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht.
 - Änderung der Gemeindeordnung
Referent: Gemeinderat Sven O. Dogwiler
 - Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Grundkapital von 80 Mio. Franken (Umsetzung einer Volksinitiative)
Referent: Gemeinderat Urs Fehr
4. Diverses

Im Anschluss an die offiziellen Traktanden informiert Nationalrat und Kantonal-Parteipräsident Alfred Heer

über die wichtige, kantonale Abstimmungsvorlage

BVK-Einmaleinlage Nein – Zürich darf kein 2. Griechenland werden!

Interessierte Parteimitglieder können (ohne Stimmrecht) an der Versammlung teilnehmen.



Insertieren Sie erfolgreich im «Zürcher Boten» / «Zürcher Bauern»

print-ad kretz gmbh
Tel. 044 924 20 70 · Fax 044 924 20 79